

Hallische Zeitung

Intentionsgebühren für die fünfgehaltene...

vorm. im G. Schwelke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 298.

Halle, Dienstag, 21. December 1886.

178. Jahrgang.

Zur 1. Ausgabe gehören an Beilagen: der Roman „Josephines Opfer“ S. 37-44 und die Reichstags-Verhandlungen von 18.

Halle, den 20. Dezember. Hallische Mittheilungen.

* Aus dem Reichstage. Berlin, 18. Dezember. Der Reichstag füllte die heutige Sitzung in der Hauptsache mit einer Geschäftsordnungs-Debatte aus, in welcher es sich um die Festsetzung des Termins für die nächste Plenarsitzung handelte.

Augenblicks entfallen, mit dem Zweck, nicht ganz mit leeren Händen zu erscheinen. Sie bieten noch weniger als die beiden verbundenen Parteien einzeln geboten hatten. Das Centrum hatte wenigstens die volle Mannschafszahl bewilligen wollen, und die Deutschfreisinnigen eine dreijährige Frist für die vierten Bataillone.

hätten für die Beratung gestimmt. Diese Angabe ist selbstverständlich vollkommen unrichtig. * Die soziale Frage von den Frauen gefüllt. Eine junge Frau in Frankfurt a. M. die erst vor wenigen Monaten sich verheiratet, kehrte zu ihren Eltern zurück und reichte gegen ihren Mann eine Scheidungsklage ein.

* Ein höchst beachtenswerthes Augenblicklich macht das freisinnige Berliner Tageblatt in einem Artikel über die wirtschaftliche Lage. Wir lesen da zu unserm Erstaunen: „Vermöge seiner inneren Kraft, durch Fleiß und Intelligenz, Ueberdauer und Selbstthätigkeit in dem deutschen Volke innerhalb in den nächsten Jahren gelangen, in seinem inneren Wirtschaftsleben trotz der Kesseln, die ihm eine reaktionäre Erregung angelegt hat, freilich darum mit langsameren Schritten und mannigfach beeinträchtigt, eine Höhe zu erreichen, um die das Ausland aus beneidet.“

* Das Schicksal der Militärvorlage in der Kommission des Deutschen Reichstages beschäftigt die Wiener Journale in lebhafter Weise. Die liberale Neue Freie Presse sagt, daß die geschäftliche Erfahrung nicht zu Gunsten der Opposition spreche, denn daß es sich um eine sehr wichtige Angelegenheit handelt, die die militärischen Anforderungen für die Parteien verhältnismäßig voll erfüllt.

* Mit dem Reichstages-Vertrag der Herren Richter, Vermees und Barthelemy geht es so fort abwärts, daß bereits Verträge gemacht werden müssen, einen Reichstages-Abstimmungsurtheilung die Verbreitung des Blattes zu begründen. „Sollte die Falschen auf“ ruf der Richter selbst bei solchen Gelegenheiten.

* Es sind vollständig richtige Vorwände, sagt die Rationalist. Korr. in Uebereinstimmung mit konservativer Anschauung, mit denen man versucht, die Verkleinerung der Kommissionsberatung über die Militärvorlage zu beschönigen. Angeblich soll die dadurch gewonnene Zeit notwendig sein, um die Verhandlung zu fördern. Ist es aber nicht ein Widerspruch, eine Verhandlung dadurch fördern zu wollen, daß die dabei beteiligten Personen nach allen vier Himmelsrichtungen auseinandergehen? Er wäre nachgerade Zeit genug gewesen, zu einer Verhandlung zu gelangen und bestimmte Beschlüsse darüber zu fassen, was man bewilligen will. Eine von den Arbeitern nicht beabsichtigte Folge könnte es allerdings haben, daß die Fraktionen mit ihrem letzten Wort und mit bindenden Beschlüssen noch etwas zögern. Wir meinen, mancher Abgeordnete wird während der Ferien die Wahrnehmung machen, daß bei den Wählern mehr Verständnis für den hohen Ernst der Weltlage vorhanden ist, als bei ihm selber, und es wird ihm in dem fortschrittlichen Dunstkreis von Berlin nicht verüßelt hat. Vielleicht kehrt da doch mancher in etwas anderer Stimmung wieder als er abgereist ist. Wenn das Centrum und die Deutschfreisinnigen ihren guten Willen und ihre erste Opferbereitschaft mit den vorliegenden Kommissionsbeschlüssen ersten Stellung beweisen wollen, so kann ihnen dies bei den Wählern unmöglich gelingen. Diese Beschlüsse können gar nicht angenommen werden, sie sind nur aus der Verlegenheit des

Der Kaiser empfing am Sonnabend u. a. den Besuch der Großfürstin Katharina und erwiderte denselben. An dem Hofmahl nahmen außer der Großfürstin selbst Tochter, der Herzogin Helena von Mecklenburg-Strelitz, auch die Damen und Herren des Hofes, sowie der russische Botschafter nebst Gemahlin, der Militärbevollmächtigte Graf-Oleffentich-Ratow, Fürst Jusupow, der Staatssekretär Graf-Fredr. Wisomard, der Herzog von Ratiboritz. — Sodann besuchte Sr. Majestät das Opern- und Schauspielhaus. — Am Sonntag arbeitete der Kaiser längere Zeit allein, erledigte Regierungs-Angelegenheiten und ertheilte dem Photographen Janitsingel aus München und demnach dem Afrikaner Gerhard Hoff's Aufzeichnungen. Während der Nachmittagsstunden verließ der Monarch im Arbeitszimmer und um 5 Uhr fand bei den Kronprinzenlichen Herrschaften die Familienfeier statt.

Bulgarisches. Die bulgarische Deputation ist befreit, anheimelnd durch Wiener Vorgänge befreit, in Berlin die äußerste Deferre zu bewahren. Wie berichtet wird, hätte dieselbe bereits mit einer Reihe diplomatischer Persönlichkeiten Besprechungen gehabt. Die Nord. Allg. Ztg. geht in hochförmlicher Schrift über den Befehl der deutschen Regierung mit der Abordnung die folgende feinsinnige besonders ermutigende Mittheilung: „Ein Ansatß dieser Blätter hat in den letzten Tagen Mittheilungen aus Wien gebracht, welche den Empfang der bulgarischen Deputation durch den Prinzen Reuß mit vielen Einzelheiten schildern. Wir sind in der Lage, zu erklären, daß der Empfang ein außerordentlich glücklicher überaus reichlich vorliegt, und daß Alles, was in dieser Beziehung vorzubereitet worden, außerordentlich gut und auf Erfindung beruht. — Auch die in Umlauf gesetzten Nachrichten über den Empfang, welcher der Abordnung hier zu Theil werden würde, sind falsch; die Deputation wird als in Berlin über den Reichstag empfangen werden, wobei amtlich noch privatim; nur dürfen die einzelnen Mitglieder derselben als Privatpersonen den einen oder anderen Beamten des Auswärtigen Amtes einen Besuch machen, ohne daß letzterer, jedoch in einem solchen Falle das Auswärtige Amt vertreten würde.“

Der Bundesrath hat folgendes beschlossen: Werden auf den Inhaber lautende Renten- und Schulverschreibungen, welche von dem Aussteller zum Zweck der Verabreichung des Zinsfußes eingestiftet und mit dem Vermerk über die Zinsverabreichung versehen sind, demnach von dem Aussteller wieder begeben, so ist aus Anlaß dieser Verabreichung die Abgabe nach der Tarifnummer 2, bez. 3 des Reichsteuergesetzes nicht zu erheben. In der letzten Sitzung des Reichstages äußerte sich Herr Eugen Richter, um das langsame Arbeiten der Militärkommission zu entschuldigen, dahin, der Herr Kriegsminister habe 4 1/2 der Zeit, welche die Kommission für ihre Arbeiten hatte, für seine Darlegungen in Anspruch genommen. Herr Richter hat nur begehren, hinzuzusetzen, daß er selbst es war, welcher durch die Behauptungen, die er aufstellte, wie durch die falschen Darlegungen, die er in Bezug auf die französische und russische Armee vorbrachte, den Herrn Kriegsminister gezwungen hatte, seinerseits sich in weitgehende Erörterungen einzulassen. Der „Frei. B.“ zufolge läßt Finanzminister v. Scholz alles nur denkbare Material sammeln, um demnach im Reichstage eine Rechtfertigung zu versuchen für seine Verfallung gegen den Kaufmannsstand in Bezug auf Debitationen der Stempelsteuer. In verschiedenen Berichten über die letzte Sitzung der Militärkommission, sagt die „Nat.-lib. Corr.“ findet sich die Angabe, auch zwei Nationalliberalen

vor dem Eintreffen der bulgarischen Deputation verläßt Fürst Alexander Wien. Kaulbarsch kehrt nach Wien zurück, wobei das Berl. Montagblatt, geht aber dann mit seiner Familie nach Italien. Frankreich. Die Deputirtenkammer hat die Vorlage über provisorische Bewilligung von zwei Zwölfteln des Einnahmehaushalts in der vom Senat abgeordneten Sitzung mit 486 gegen 133 Stimmen angenommen. Die Session wurde darauf geschlossen. Großbritannien. Dillon, O'Brien, Harris, Sheehy, Redmond und Crilly haben am 18. Vorlesungen erhalten, vor dem Dubliner Polizeigericht zu erscheinen, unter der Anklage, an einer ungesetzlichen Versammlung beteiligt gewesen zu sein.

In einer besonderen Ausgabe der amtlichen Zeitung wird eine Proklamation veröffentlicht, in welcher die Agrar-Bewegung, genannt die „Feldjugend“, für eine ungesetzliche, in der Reichs-Gesetzgebung verboten, und angeklagt wird, daß alle diejenigen Personen, welche sich der Bewegung anschließen, sich der gerichtlichen Bestrafung aussetzen und daß das von den Theilnehmern an der Bewegung erhobene Geld oder Darlehen über Geldzahlungen von den Gerichtsbehörden konfiscirt werden können.

Italien. Deputirtenkammer. Der Finanzminister Mancini gab ein Exposé über die finanzielle Lage und hob dabei hervor, daß für die Finanzperiode vom 1. Juli 1885 bis 30. Juni 1886 ein Defizit von 64 Millionen betragen werden sei. Zur Deckung dieses Defizits hätten zunächst 2 Mill. aus der vorausgegangenen Finanzperiode übernommen 2 Mill. gelehrt, der Rest von ca. 40 Mill., der für außerordentliche öffentliche Arbeiten und militärische Ausgaben bestimmt sei, habe durch die Veranschlagung der Einnahmen gedeckt werden sollen. Solange diese Einnahme-Vertheilung von 37 Millionen und durch Veranlassung in Betrage von 2, 2 Millionen habe indeß, unter Disminution der oben erwähnten 24 Millionen das vollständige Gleichgewicht im Budget hergestellt werden können. Die Einnahmen würden noch weitere 20 Millionen nicht in Folge der Cholera sich bei den Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung ein Anfall ergeben hätte. Das Budget von 1886/87 würde noch günstiger Ergebnisse auf, die effektiven Einnahmen würden alle Ausgaben decken, außer

